

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Irene Mihalic, Dr. Konstantin von Notz, Monika Lazar, Renate Künast, Agnieszka Brugger, Filiz Polat, Luise Amtsberg, Margarete Bause, Canan Bayram, Dr. Franziska Brantner, Kai Gehring, Britta Haßelmann, Katja Keul, Dr. Tobias Lindner, Claudia Müller, Omid Nouripour, Cem Özdemir, Tabea Rößner, Claudia Roth (Augsburg), Dr. Manuela Rottmann, Ottmar von Holtz, Wolfgang Wetzel, Gerhard Zickenheiner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rechtsextreme Vorgänge und politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020

In den ersten 100 Tagen nach dem rechtsterroristischen Anschlag in Hanau am 20. Februar 2020 gab es nach Angaben der Zeitung „Die Zeit“ in Deutschland nahezu keinen Tag ohne einen rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Angriff auf einen Menschen (Quelle: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-05/rechte-gewalt-deutschland-anschlaege-vandalismus-beleidigungen-hanau/komplettansicht>). Die immer neuen Meldungen über rechtsextreme Chat-Gruppen in Sicherheitsbehörden, Waffenfunde bei rechtsextremen und rechtsextremer Hass und Hetze reißen nach Ansicht der fragestellenden Fraktion nicht ab. Die über Jahrzehnte andauernde Verharmlosung von rechtsextremer Gefahr durch die Sicherheitsbehörden hat nach Ansicht der fragestellenden Fraktion die jetzige Situation mitverursacht. Die umfassende Kenntnis und die intensive Befassung mit dem rechtsextremen Personenpotential und der rechtsextremen Vernetzung im In- und Ausland sind jedoch für die effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus in Deutschland fundamental.

Mit Blick auf die sogenannte Reichsbürger-Szene besteht aus Sicht der fragestellenden Fraktion nach wie vor die Notwendigkeit einer Überprüfung der ideologischen Elemente und einer neuen Einordnung im Kontext des Rechtsextremismus. Dies wird auch anhand der jüngsten Entwicklungen im Bereich der sogenannten Querdenken-Szene erneut deutlich, die sich vermehrt und gezielt mit sogenannten Reichsbürgern vernetzt (vgl. <https://www.tagesschau.de/investigativ/querdenken-reichsbuerger-101.html>).

Anders als von der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage „Erkenntnisse zu rechtsextremen Vorgängen und Entwicklungen bei der politisch motivierten Kriminalität im Jahr 2019“ auf Bundestagsdrucksache 19/19183 insinuiert, möchte die fragenstellende Fraktion nicht der Veröffentlichung der Zahlen über die politisch motivierte Kriminalität (PMK-Zahlen) vorweggreifen, sondern strebt stattdessen an, ein dringend nötiges, umfassendes Bild über die politisch motivierte Kriminalität (PMK) in Deutschland zu generieren – über die aktuell bestehende, nach Ansicht der fragestellenden Fraktion einseitige, Informationslage hinaus.

Die fragenstellende Fraktion bittet die Bundesregierung, den Stichtag für die Veröffentlichung der PMK-Zahlen 2020 (31. Januar 2021) bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage zu berücksichtigen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Straftaten gab es nach Kenntnis der Bundesregierung je in den einzelnen PMK-Bereichen von Jahresbeginn 2020 bis einschließlich Dezember 2020 (bitte übersichtlich in einer Tabelle nach den PMK-Bereichen „rechts“, „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“, „links“, „religiöse Ideologie“, „ausländische Ideologie“, nach Delikten gemäß der Darstellung im Verfassungsschutzbericht sowie nach Geschlecht der Personen angeben sowie die Gewaltdelikte gesondert darstellen und aufgeschlüsselt nach Versuch und Vollendung auflgliedern)?
2. Wie viele Personen rechnet die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis von Jahresbeginn 2020 bis einschließlich Dezember 2020 jeweils den einzelnen Phänomenbereichen des Rechtsextremismus (möglichst unterteilen), „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“, „links“, „religiöse Ideologie“, „ausländische Ideologie“ zu (bitte gewaltbereites Personenpotential sowie das jeweilige Geschlecht gesondert auflführen)?
3. Wie hoch schätzt die Bundesregierung aktuell das Personenpotential (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln) gewaltorientierter „weitgehend unstrukturierter“ Rechtsextremisten ein, und hat sie hierzu anders als noch in ihrer Antwort zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 19/19183 mittlerweile Kenntnisse in diesem Bereich?
4. Wie viele sogenannte Gefährder und wie viele „relevante Personen“ gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell in den PMK-Bereichen „rechts“, „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“, „links“, „religiöse Ideologie“ und „ausländische Ideologie“?
5. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der sogenannten Gefährder und „relevanten Personen“ in den PMK-Bereichen „rechts“, „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“, „links“, „religiöse Ideologie“, „ausländische Ideologie“ seit Januar 2020 jeweils entwickelt?
6. Wie viele Personen aus den PMK-Bereichen „rechts“, „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“, „links“, „religiöse Ideologie“, „ausländische Ideologie“ besitzen nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit jeweils eine waffenrechtliche Erlaubnis (bitte nach o. g. PMK-Bereichen und Geschlecht der Personen, wie u. a. in der Antwort zu Frage 18 auf Bundestagsdrucksache 19/5397 differenzieren)?
7. Wie viele politisch motivierte Straftaten gegen Minderjährige gab es nach Kenntnis der Bundesregierung seit Jahresbeginn 2020 bis einschließlich Dezember 2020 (bitte unter Angabe der Altersgruppen der Opfer und der Art der Straftat [differenziert insbesondere nach Körperverletzungs- und Tötungsdelikten] nach den PMK-Bereichen „rechts“, „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“, „links“, „religiöse Ideologie“, „ausländische Ideologie“ und „nicht zuzuordnen“ aufschlüsseln)?
8. Wie viele politisch motivierte antisemitische Straftaten gab es nach Kenntnis der Bundesregierung von Jahresbeginn 2020 bis einschließlich Dezember 2020 (bitte nach Art der Straftat [differenziert insbesondere nach Bedrohungen, Körperverletzungs- und Tötungsdelikten] sowie den PMK-Bereichen „rechts“, „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“, „links“, „religiöse Ideologie“, „ausländische Ideologie“ und „nicht zuzuordnen“ aufschlüsseln)?

9. Wie viele gegen christliche Religionen gerichtete politisch motivierte Straftaten gab es nach Kenntnis der Bundesregierung seit Jahresbeginn 2020 bis einschließlich Dezember 2020 (bitte nach Monaten, nach Straftatbeständen sowie den PMK-Bereichen „rechts“, „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“, „links“, „religiöse Ideologie“, „ausländische Ideologie“ und „nicht zuzuordnen“ aufschlüsseln)?
10. Wie viele islamfeindlich motivierte Straftaten gab es nach Kenntnis der Bundesregierung seit Jahresbeginn 2020 bis einschließlich Dezember 2020 (bitte nach Monaten, nach den Straftatbeständen den PMK-Bereichen „rechts“, „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“, „links“, „religiöse Ideologie“, „ausländische Ideologie“ und „nicht zuzuordnen“ aufschlüsseln)?
11. Wie viele gegen die sexuelle Orientierung von Personen motivierte Straftaten gab es nach Kenntnis der Bundesregierung seit Jahresbeginn 2020 bis einschließlich Dezember 2020 (bitte nach Monaten, nach den Straftatbeständen den PMK-Bereichen „rechts“, „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“, „links“, „religiöse Ideologie“, „ausländische Ideologie“ und „nicht zuzuordnen“ aufschlüsseln)?
12. Wie viele Straftaten gab es gegen Personen in der laut Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat neu eingeführten Kategorie „Geschlecht/sexuelle Identität“ nach Kenntnis der Bundesregierung seit Jahresbeginn 2020 bis einschließlich Dezember 2020 (bitte nach Monaten, nach den Straftatbeständen den PMK-Bereichen „rechts“, „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“, „links“, „religiöse Ideologie“, „ausländische Ideologie“ und „nicht zuzuordnen“ aufschlüsseln)?
13. Wie viele Straftaten hat die Polizei nach Kenntnis der Bundesregierung seit Jahresbeginn bis einschließlich Dezember 2020 in den PMK-Bereichen „rechts“, „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“, „links“, „Ausländer“ und „Sonstige“ zum:
 - a) Oberthemenfeld „Ausländer-/ Asylthematik“;
 - b) Oberangriffsziel „gegen Asylunterkünfte“ bzw.;
 - c) Unterthemenfeld „Unterbringung von Asylbewerbern“ und
 - d) Unterangriffsziel „gegen Asylbewerber/ Flüchtlinge“ registriert?
14. Wie viele Straftaten „gegen Amts-/Mandatsträger“ gab es nach Kenntnis der Bundesregierung seit Jahresbeginn 2020 bis einschließlich Dezember 2020 in Deutschland (bitte nach Phänomenbereichen [PMK-Bereichen „rechts“, „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“, PMK-links, PMK-Ausländer und PMK-Sonstige] und Straftatbestand unter besonderer Berücksichtigung der Gewaltdelikte tabellarisch auflgliedern)?
 - a) Wie viele dieser Angriffe hatten nach Einschätzung der Bundesregierung einen sogenannten Ausländer- bzw. „asylkritischen“ Hintergrund?
 - b) Wie viele dieser Angriffe hatten nach Einschätzung der Bundesregierung einen rechtsextremen Hintergrund?
15. Wie viele Straftaten auf Pressevertreterinnen und Pressevertreter gab es nach Kenntnis der Bundesregierung seit Jahresbeginn 2020 bis einschließlich Dezember 2020 in Deutschland (bitte nach Phänomenbereichen [PMK-Bereichen „rechts“, „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“, PMK-links, PMK-Ausländer und PMK-Sonstige] und Straftatbestand unter besonderer Berücksichtigung der Gewaltdelikte tabellarisch auflgliedern)?

16. Wie viele Menschen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung 2020 in Deutschland Opfer von Taten der einzelnen PMK-Bereiche „rechts“, „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“, „links“, „religiöse Ideologie“ und „ausländische Ideologie“ (bitte soweit möglich nach der Art des Opferwerdens, nach Geschlecht und Altersgruppe aufschlüsseln)?
17. Gegen wie viele Beschäftigte je der Bundespolizei, des Bundeskriminalamts, der Nachrichtendienste des Bundes oder des Zolls wurde seit Jahresbeginn 2020 bis einschließlich Dezember 2020 mit Bezug zu rechtsextremen Verbindungen, Strukturen oder Überzeugungen oder im Kontext „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“ Straf- und/oder Disziplinarverfahren eingeleitet (gegebenenfalls bitte nach Behörde und soweit möglich nach Eingang und Ereignisort aufschlüsseln)?
 - a) Wie viele dieser Verfahren wurden nach Hinweisen oder Beschwerden aus den Reihen der Bundespolizei, des Bundeskriminalamtes oder des Zolls eingeleitet?
 - b) Wie viele dieser Verfahren wurden nach Hinweisen oder Beschwerden aus der Bevölkerung an die Behörden eingeleitet?
18. Wie viele rechtsextreme Demonstrationen bzw. andere Aufmärsche mit insgesamt wie vielen Teilnehmenden gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland seit Jahresbeginn bis einschließlich Dezember 2020 (bitte nach Ort und Datum aufschlüsseln)?
19. Inwiefern werden die sogenannten Querdenken-Demonstrationen, die sich gegen die Corona-Maßnahmen richten, als rechtsextreme Demonstrationen bzw. Aufmärsche gelistet?
20. Welcher PMK-Kategorie werden Straftaten, die sich im Zusammenhang mit den Anti-Corona-Maßnahmen-Protesten ereignen, zugeordnet, und wenn keiner, warum nicht?
21. Wie oft wurden in 2020 mutmaßlich rechtsterroristische Zusammenhänge im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) behandelt (bitte Vergleichszahlen aus den letzten fünf Jahren nennen)?
22. Wie oft tagten die GETZ-Arbeitsgemeinschaften in 2020 je (bitte nach Arbeitsgemeinschaften aufschlüsseln sowie Vergleichszahlen aus den letzten fünf Jahren nennen)?
23. Wie oft hat sich das GETZ im Jahr 2020 mit Sachverhalten bzw. Fällen beschäftigt, in denen illegaler Waffenbesitz oder waffenrechtliche Erlaubnisse bei Rechtsextremisten oder bei „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ eine Rolle spielten?
24. Gibt es im GETZ analog zur Arbeitsgemeinschaft Deradikalisierung im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) auch eine entsprechende AG, und wenn nein, warum nicht?
25. Wie hoch ist nach Einschätzung der Bundesregierung aktuell das Personenpotential der „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“ in Deutschland?
 - a) Wie viele davon sind je Männer bzw. Frauen?
 - b) Ab welchem Zeitpunkt werden gewaltbereite „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“ vom Bundesamt für Verfassungsschutz separat erfasst (vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/wachsende-gefahr-fuer-die-innere-sicherheit-bedrohung-durch-rechtsextremisten-und-reichsbuerger-nimmt-zu/26770270.html>, 5. Januar 2020)?

- c) Wie viele gewaltorientierte „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“ sind dem Bundesamt für Verfassungsschutz bereits aktuell bekannt?
- d) Wie viele „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“ werden aktuell als „Gefährder“ eingestuft?
- e) Wie viele „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“ werden aktuell als „relevante Personen“ eingestuft (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/12196, S. 2)?
26. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Verbindungen zwischen anderen rechtsextremen und „Reichsbürgern“ (auch im Vergleich zur entsprechenden Antwort zu Frage 27 auf Bundestagsdrucksache 19/19183)?
- a) Welche Mischszenen zwischen „Reichsbürgern“/„Selbstverwaltern“ und rechtsextremen sind der Bundesregierung aktuell bekannt?
- b) Für wie groß hält die Bundesregierung aktuell den Einfluss von „Reichsbürgern“ in solchen Mischszenen?
- c) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zur Nähe von „Reichsbürgern“/„Selbstverwaltern“ zur sog. Prepper-Szene?
- d) Wie schätzt die Bundesregierung die Nähe von „Reichsbürgern“/„Selbstverwaltern“ zum Antisemitismus im Allgemeinen bzw. entsprechend zu antisemitischen Kreisen ein?
- e) Inwiefern hat die Bundesregierung Kenntnisse zu programmatischen Überschneidungen von „Reichsbürgern“/„Selbstverwaltern“ mit der AfD bzw. der Jungen Alternativen (JA)?
27. Wie viele „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“ sind bzw. waren im Jahr 2020 nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils beschäftigt bei Bundeswehr, Zoll, Bundespolizei, Bundeskriminalamt, Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst, Kommando Spezialkräfte sowie entsprechenden Landesbehörden (bitte nach Behörden bzw. Einheit aufschlüsseln)?
- Wie viele von ihnen haben bzw. hatten im Rahmen ihrer Tätigkeit direkten oder mittelbaren Zugriff zu einer Dienstwaffe bzw. zu Munition (bitte nach Behörden bzw. Einheit aufschlüsseln)?
28. Wie viele Disziplinarverfahren wurden im Jahr 2020 gegen Beschäftigte des Bundes im Zusammenhang mit einer möglichen Zuordnung zur „Reichsbürger“-/„Selbstverwalter“-Szene ggf. mit welchem Ergebnis geführt (bitte nach Behörde oder Ministerium aufschlüsseln)?
29. Wie viele Fälle sind der Bundesregierung aus dem Jahr 2020 bekannt, in denen „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“ als „Polizei“ oder ähnlich „hoheitlich“ (sowohl gegenüber Bürgerinnen und Bürgern oder auch gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes) auftraten?
30. Wie viele Fälle sind der Bundesregierung aus dem Jahr 2020 bekannt, in denen „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“ gegen das Waffengesetz und/oder Sprengstoffgesetz verstießen (bitte nach Art des Verstoßes aufschlüsseln)?
- Wie schätzt die Bundesregierung dies in Bezug auf das Gefahrenpotential der „Reichsbürger“-Szene insgesamt ein?
31. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Netzwerke im „Reichsbürger“- bzw. „Selbstverwalter“-Spektrum, innerhalb derer Waffen ausgetauscht, gehortet und möglicherweise staatschutzrelevante Taten geplant werden oder wurden (auch im Vergleich zur entsprechenden Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/19183)?

32. Welche Fälle sind der Bundesregierung seit Anfang des Jahres 2020 bekannt, in denen sich „Reichsbürger“/„Selbstverwalter“ mittels Waffengewalt bzw. bewaffnet gegen Amts-, Mandatsträgerinnen und -träger oder Beschäftigte des öffentlichen Dienstes entgegenstellten?
33. Wie viele erteilte waffenrechtliche Erlaubnisse, Ausnahmen, Anordnungen, Sicherstellungen und Waffenverbote für einzelne Personen nach dem Nationalen-Waffenregister-Gesetz (NWRG) sind jeweils aktuell im Nationalen Waffenregister (NWR) registriert?
- Jeweils wie viele rechtsextreme und wie viele „Reichsbürger“ verfügen nach Kenntnis der Bundesregierung über eine waffenrechtliche Erlaubnis bzw. über einen legalen Zugang nach § 12 des Waffengesetzes (WaffG) (bitte nach Art der Erlaubnis bzw. Besondere Erlaubnistatbestände gemäß der Antwort zu Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 19/7844 auflgliedern)?
 - Wie viele waffenrechtliche Erlaubnisse wurden „Reichsbürgern“/„Selbstverwaltern“ bisher entzogen, und wie hat sich dieser Stand seit dem Bezugsdatum der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/19183 (31. Januar 2020) entwickelt?
 - Wie viele waffenrechtliche Erlaubnisse wurden Rechtsextremisten bisher entzogen, und wie hat sich dieser Stand seit dem Bezugsdatum der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/19183 (=31. Januar 2020) entwickelt?
34. Welche Deutschlandbezüge sind der Bundesregierung im Hinblick auf den Waffenfund bei einer rechtsextremen Gruppierung in Österreich bekannt (<https://www.rnd.de/politik/waffenfund-in-osterreich-keine-hinweise-auf-rechtsextremismus-bei-drogenhandlern-XFS2XU5GTVFAXONNP4WE7I4YGE.html>)?
- Wie viele Waffen, die nach Deutschland gebracht werden sollten, wurden bei dem Waffenfund sichergestellt?
 - Welche Verbindungen der Beschuldigten Österreicher nach Deutschland, insbesondere in die rechtsextreme Szene, sind der Bundesregierung bekannt?
 - Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus diesem Vorgang?

Berlin, den 12. Januar 2021

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

